

**U**nter dem Titel: „Kroatien und die EU – Entwicklungspolitik 2015-2020“ veranstaltete die HDZ-Stiftung (ZHDZ) zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien am 02.03.2015 in Zagreb einen Wirtschaftskongress mit zahlreichen Gästen aus Politik und Wirtschaft.

Im Zentrum des Kongresses standen die wirtschaftlichen Probleme, denen sich Kroatien momentan ausgesetzt sieht.

Im Rahmen von drei Panels zu unterschiedlichen aktuellen Problemfeldern diskutierten Wirtschaftsexperten aus dem In- und Ausland über Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik, neue Formen der Industriepolitik und die noch zu mobilisierenden Energiepotentiale Kroatiens.

Zu Beginn des Kongresses begrüßten Srecko Prusina, Leiter der ZHDZ-Stiftung, Dr. Michael Lange, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Zagreb und Branko Baricevic, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien die mehr als 800 geladenen Gäste unter denen auch die Vertreter der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung in Deutschland Mario Šušak und Franjo Akmadža anwesend waren.

Im Anschluss daran hielt der Parteivorsitzende der HDZ, Tomislav Karamarko, eine Grundsatzrede zur zukünftigen Wirtschaftsstrategie der HDZ und stellte dabei einige Elemente einer von seiner Partei angestrebten neuen Wirtschaftspolitik vor. Karamarko skizzierte als Grundelemente einer erfolgsversprechenden Wirtschaftsreform ...eine intelligente und nachhaltige Reindustrialisierung des Landes auf der Grundlage von modernem Know-how und Innovationen..., die allein dauerhafte, neue Arbeitsplätze verspreche.

Die HDZ beabsichtige, die heute noch immer nicht umfassend genutzten Potenziale des Landes, wie etwa deren

geostrategische Lage, deren (Grund-) Wasserressourcen, die vielen brachliegenden landwirtschaftlichen Anbauflächen sowie dem Energiesektor eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Er versprach dafür die notwendigen Instrumente zu schaffen, damit diese angestrebten Ziele erreicht werden können. Das Reformprogramm seiner Partei setzte auch kurzfristige Ziele, wobei es vor allem darum gehen werde, das momentan herrschende Chaos und die Unordnung in der kroatischen Wirtschaft und Gesellschaft zu beseitigen und durch eine stringente Entwicklung der Marktwirtschaft in Kroatien zu ersetzen, wobei den Belangen der sozial schwächeren Bürgern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste. Auf spätere Journalistenfragen nach dem Datum der Veröffentlichung des Reformprogramms seiner Partei, verwies Karamarko darauf, dass seine Partei noch etwas Zeit brauche, um die vielen Vorschläge von berufener Seite zu prüfen bevor man ein umfassendes Reformpaket vorstellen werde. Dies solle dann rechtzeitig vor dem kommenden Wahltermin der kroatischen Öffentlichkeit vorgestellt werden, damit sich die Bürger von den Reformüberlegungen der Partei ein genaues Bild machen könnten.

Karamarko betonte, dass es ein Ziel des Programms sei, die Bürger sowie Klein- und Mittelbetriebe steuerlich zu entlasten und ihnen wieder mehr eigene Möglichkeiten für Konsum- und Investitionsentscheidungen zu gewähren. Ob sich die Partei in diesem Bestreben auch für eine Senkung der Mehrwertsteuer aussprechen werde, müsse noch partei-intern diskutiert werden. Vor allem ginge es seiner Partei aber um eine effizientere Öffentliche Verwaltung, die momentan überbesetzt sei und deshalb zu hohe gesellschaftlichen Kosten verursache. Einer vom ehemaligen Staatspräsidenten angeregten kommunalen Neuordnung in Kroatien, welche die Anzahl der Gespanschaften deutlich reduzieren würde, stehe man dagegen eher skeptisch gegenüber. Vielmehr

musse es darum gehen die Gespanschaften effizienter zu organisieren.

Er schloss mit dem Hinweis darauf, dass die anstehenden unverzichtbaren Veränderungen bzw. Reformen nicht einfach werden und der Bevölkerung sehr viel abverlangen würden. Jedoch glaube die Partei an ihr Reformpaket und daran, dass nur mit entsprechenden Reformen eine positive wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden könne.

Die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic betonte dann in Ihrem Grußwort, dass die akuten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Landes nicht weiter ignoriert werden dürfen und sie deshalb an allen Anstrengungen teilhaben wolle, die sich um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Kroatiens bemühen würden. Sie verwies in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die dramatische Auswanderung junger Menschen, die momentan in Kroatien keine Arbeit fänden und sich deshalb um eine solche im Ausland bemühen würden. Eine solche Entwicklung, die langfristig zu einem negativen demografischen Wandel führen werde, könne man nicht hinnehmen und müsse deshalb den Wirtschaftsstandort Kroatien stärken.

Nach den eindringlichen Worten der Staatspräsidentin hielt Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans-Werner Sinn, Leiter des Münchner IFO-Instituts, sein Einführungreferat in dem Verlauf er den Verlauf der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise nachzeichnete. Dabei betonte er, dass man zuerst die Gründe der Krise in Europa verstehen müsse, um auch die richtigen Strategien für ein Land wie Kroatien zu finden. Es mangele Ländern wie Kroatien vor allem an der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie, weshalb diese Länder unbedingt Reformen durchführen müssten, welche ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze schaffen sollten.

Geld- und Fiskalpolitik



In der sich anschließenden Paneldiskussion diskutierten Dr. Zeljko Lovrinecic von der Wirtschaftsfakultät der Universität Zagreb, Ivan Milkos, der ehemalige Finanzminister der Slowakischen Republik sowie Dr. Tomislav Coric, Vorsitzender des Finanzkomitees der HDZ mit Prof. Sinn über verschiedene Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik und darüber, inwiefern solche Instrumente zur wirtschaftlichen Veränderung beitragen können. Dabei verwies Herr Milkos auf seine Erfahrungen, die gezeigt hätten, dass radikale Reformen nötig seien, um eine wirtschaftliche Wende herbeizuführen.

Er betonte in diesem Zusammenhang die tiefgreifenden Reformen, die er in der Slowakei in den Jahren 2004-2008 zusammen mit seinem Ministerpräsidenten Dzurinda durchgesetzt habe und die schließlich den Weg aus der Krise gewiesen hätten. Er sei der festen Überzeugung, dass wenn man einen Plan habe und diesen von Beginn an dem Wähler transparent kommuniziere, man auf die Kooperationsbereitschaft der Wähler vertrauen könne. Diese seien durchaus bereit Lasten zu tragen, wenn sie erkennen würden, in welchem Kontext diese radikalen Reformen notwendig seien. Prof. Sinn betonte dann, dass Resultate fiskalpolitischen Handelns immer erst mit Zeitverzögerung konjunkturelle wirksam und damit für den Bürger spürbar würden. De-

halb sollte man als neue Regierung mit Reformmaßnahmen nicht zu lange warten, damit diese noch vor den nächsten Wahlen erste, für den Wähler spürbare Ergebnisse zeitigen könnten.

Neben den fiskalpolitischen Instrumenten, gäbe es, so Dr. Coric, aber noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, wie etwa eine im Falle Kroatiens notwendig erscheinende Reindustrialisierung des Landes, wobei man auf neue Technologien, den Ausbau des IT-Sektors sowie die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen setzte. Das Land sei momentan zu sehr vom Tourismus abhängig und dieser stehe in einem Konflikt mit dem Bemühen den Energiesektor in Kroatien auszubauen. Schon jetzt gäbe es im Zusammenhang mit den Explorationsbemühungen, Bürgerproteste, welche Gefahren für die Umwelt und den Tourismus in Kroatien sehen.

Zum Abschluss unterstrich Dr. Lovrinecic noch einmal, dass er glaube, dass es so wie momentan nicht weiter gehen könne, auch wenn es für die Menschen schwierig erscheine, die notwendigen tiefgreifenden strukturellen Reformen zu akzeptieren. Nur tiefgreifende strukturelle Reformen könnten die kroatische Wirtschaft vor dem Kollaps bewahren und dem Land einen Weg aus der Krise weisen. Industriepolitik An der zweiten Runde nahmen der

ehemaliger slowakische Präsident Mikulas Dzurinda, der HDZ-Wirtschaftskordinator Domagoj Ivan Milosevic, der CDU-Mdb KlausPeter Willsch, die Unternehmer Josip Budimir und Dr. Konstantin Edel sowie die israelische Start-up Expertin Anat Segal teil.

Im Rahmen der Diskussion einer möglichen neuen Industriepolitik der EU ginge es vor allem um die Herausforderungen der Digitalisierung der Globalen Wirtschaft. Die industrielle Entwicklung erfahre momentan einen (weiteren) Paradigmenwechsel und das Bestreben der EU eine zentrale Rolle als globaler Wirtschaftspartner aufrecht zu erhalten, erfordere einen Ausbau der digitalen Netze. In diesem Zusammenhang müsse erörtert werden, wo dabei Chancen für die kroatische Industrie existieren würden. Klaus Peter Willsch beschrieb einzelne Kritikpunkte, die ihm von deutschen Investoren berichtet wurden und die sich hauptsächlich auf das oft zögernde und inkohärente Handeln der verantwortlichen staatlichen Organe bzw. der Öffentlichen Verwaltung vor allem auf kommunaler Ebene bezogen. Es gebe zu viele rechtliche Unsicherheiten, was die Rahmenbedingungen für Investitionen angehe und hektische Gesetzesänderungen täten ein Übriges, Investoren zu verunsichern.

Nach einer interessanten Diskussion

kam man zu dem Ergebnis, dass eine wirtschaftliche Wende auch in Kroatien nur durch Reformen des Rechtssystems sowie einem andersartigen wirtschaftspolitischen Strategiemix erreicht werden könne. Es gelte, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu modernisieren und zu einem stabilen und transparenten Rechtsrahmen zu gelangen. Zudem gelte es besonders in neue Technologien und Innovationen, vor allem aber mehr in die eigenen Humanressourcen zu investieren.

#### Energiepolitik

Über die geostrategische Lage Kroatiens und die bisher ungenutzten Energiepotentiale diskutierten dann der Direktor von Energy Plus, Darko Horvat, das Vorstandsmitglied von Siemens-Kroatien, der Vertreter der Kroatische Handelskammer Mladen Forgec, das Vorstandsmitglied von RWE-Kroatien Ralf Blomberg sowie eine Vertreterin der staatlichen Jadranski Naftocod, Gordana Sekulic.

Man wurde sich schnell darüber einig, dass das Land die ihr bereits zur Verfügung stehende, energetische Infrastruktur nicht ausreichend nutze. Besonders Herr Blomberg betonte, dass Kroatien über eine einmalige geostrategische Lage verfüge und dass die vorhandene Infrastruktur deshalb unbedingt weiter ausgebaut werden müsse. Auf diese Weise könne das vorhandene wirtschaftliche Potential noch weiter gefördert bzw. weiterentwickelt werden. Die Teilnehmer einigten sich ebenso darauf, dass alternative Energieträger, wie etwa Wind- oder Solarenergie auch in Kroatien Chance böten weshalb man über weitere, neue Projekte nachdenken solle.

Quelle: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_40850-1522-1-30.pdf?150330143525](http://www.kas.de/wf/doc/kas_40850-1522-1-30.pdf?150330143525)